

Der Wirtschaftsjournalist Roman Pletter schrieb in der Zeit einen [Artikel](#) (Original mit Paywall) mit dem Titel "Das bessere Grundeinkommen" ([pdf ohne paywall](#)). Darin wird seine Angst vor der Bedingungslosigkeit eines Bedingungslosen Grundeinkommens deutlich. Aber eben auch, dass es einen dringenden Veränderungsbedarf in der Sozialpolitik gibt, bei dem die Diskussion um das Grundeinkommen ein wichtiger Veränderungsimpuls sein kann.

Er entwickelt dabei einen interessanten Kompromissvorschlag, den ich hier kurz skizzieren möchte.

Gelöst werden sollen die zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen und deren Verstärkung in einem "kognitiven Kapitalismus", in dem materielle Produktion immer unwichtiger wird und nicht mehr alle Menschen an den Produktivitätsfortschritten beteiligt werden. Diese Effekte sind schon präsent, unabhängig von der Frage, ob durch die Digitalisierung tatsächlich Massenarbeitslosigkeit entsteht oder nicht.

Die Verteilungsfragen der Zukunft sollten nach Meinung des Autors durch höhere und konsequentere [Unternehmenssteuern](#) beantwortet werden, möglichst durch internationale Mindeststeuern und auch auf Digitalkonzerne.

Verbesserungsbedarf wird bei zwei wesentlichen Punkten gesehen: Menschen, die Sozialleistungen beziehen, sollen mehr von ihrem [Lohn behalten dürfen](#). Und Geringverdiener müssen bei den Sozialabgaben entlastet werden. Beides entspräche einer Leistungsgerechtigkeit, die wahrscheinlich in allen großen Parteien mehrheitsfähig wäre. Allerdings kostet das Geld.

Finanziert werden könnten diese Maßnahmen neben den oben schon erwähnten Unternehmenssteuern durch eine ebenfalls konsequentere und höhere Steuer auf Erbschaften. Abgesehen von Freibeträgen auf das Elternhaus und Erspartes sind die Ausnahmeregelungen insbesondere für millionenschwere Unternehmensvermögen nicht plausibel und auch nicht gerecht.

Um Stigmatisierung zu vermeiden, könnte eine Auszahlung über die Finanzämter Abhilfe schaffen. Auch wenn so eine Steuererstattung noch lange nicht bedingungslos, also nicht ohne Prüfung an jeden, wäre.

Ergänzt wird der Vorschlag durch eine [Kindergrundsicherung](#), wie sie zum Beispiel von der Grünen Bundestagsfraktion vorgeschlagen wird oder auch vom Bündnis Kindergrundsicherung. Darin bekommt jedes Kind bedingungslos 300 Euro als Basis und bis zu 300 Euro weitere Unterstützung in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern.

Ich kann mir gut vorstellen, dass so ein Vorschlag leichter politisch umzusetzen wäre als ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Es erfordert weniger einen Paradigmenwechsel und löst somit auch weniger Veränderungsängste aus. Es knüpft mehr an Bestehendem an.

Trotzdem würde sich auch hier schon die Situation im Niedriglohnsektor für viele verbessern und damit auch die Verhandlungsposition für alle anderen. Kinderarmut würde reduziert und Stigmatisierung von Bedürftigen.

Offen bleibt, wie es dann um die Sanktionen und die Mitwirkungspflicht bei der Suche nach einem Arbeitsplatz stehen würde. Ebenso unklar ist, ob so eine üblicherweise als negative Einkommensteuer bezeichnete Leistung individuell zustehen oder weiterhin nach [Bedarfsgemeinschaften](#) berechnet würde. Der Autor räumt zwar ein, dass es sich vom aktuellen H4-Satz nicht gut leben lässt, eine Erhöhung der Summe fordert er aber nicht.

Alles in allem wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, der bei vielen Verfechtern fürs Bedingungslose Grundeinkommen aber trotzdem [abgelehnt](#) werden würde.